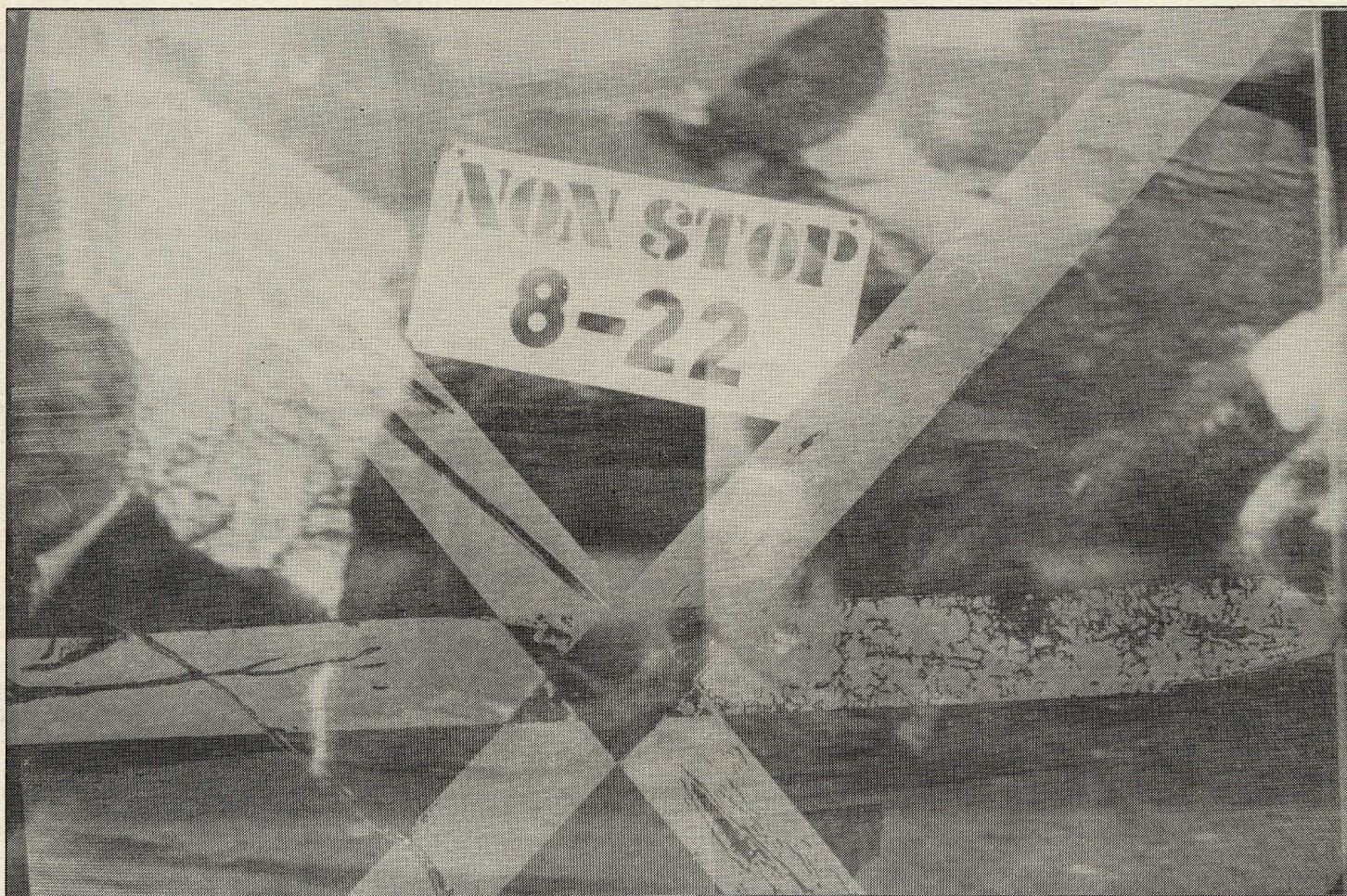


alpe

Informationsblatt der Alpen
Adria Friedensbewegung

adria

1 '92



Valentin Oman: "Croatia 1991"

Europa der Regionen

Ös 30.-

alpe adria, die Zeitschrift der Alpen-Adria-Friedensbewegung, erscheint seit 1986. Viermal jährlich berichtet sie über Friedens- Umwelt- und Alternativbewegungen aus dem "Alpen-Adria-Raum" (Norditalien, Slowenien, Kroatien, Westungarn und Österreich). Seit 1989 ist sie auch Organ des Netzwerks "ALPEN-ADRIA-ALTERNATIV". Der Alpen-Adria-Raum soll zu einer Friedenszone und zu einem Bestandteil eines "Europa der Regionen" werden.

Abonnement:

ÖS 120.- (4 Nummern)/DM 20.-/SFr 20.-/Lit. 15.000.-

Konto des Villacher Friedenskomitees
Bank Austria (Z und Länderbank, BLZ 20 151)

Konto-Nummer: 422.533.404

Gedruckt mit Unterstützung der Grünen Bildungswerkstatt (Österreich) und der Grünen Bildungswerkstatt Kärnten.



Redaktion dieses Heftes: Bettina Gruber und Werner Wintersteiner.
Titelbild: Valentin Oman

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger:
Villacher Friedenskomitee, A-9500 Villach, Paulapromenade 1. Redaktion:
Ebenda. Erscheinungsort Villach.
Druck: Drava, Klagenfurt.

Alpen Adria Alternativ:

Büro Graz: Jakominiplatz 18 8010
Graz Tel. 0316/81 21 17
Büro Villach: Rathausgasse 8,
9500 Villach, Tel. 04242/22 864

INHALT

SEITE

EDITORIAL3
SCHWERPUNKT: EUROPA DER REGIONEN4
Werner Wintersteiner (Villach)4
Albert Reiterer (Wien)5
Arno Truger (Schlaining)7
Giorgio Cavallo (Udine)9
Alexander Langer (Bozen)12
FRIEDENSBEWEGUNG IM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN16
Hans Holzinger (Salzburg): Friedensbewegung in Serbien16
Vesna Terselic (Zagreb): Friedensarbeit konkret18
Interview mit Vesna Jankovic (Zagreb)19
Ivan Pauletta (Pula): Was ist mit Istrien?21
Milovan Djilas (Belgrad): Zur Grenzziehung Serbien-Kroatien.22
PRESSE-SPIEGEL27
NEUE LITERATUR29
TERMINE30
LESERBRIEFE31

**GRÜNE BILDUNGSWERKSTATT
KÄRNTEN**

- Informationen
- Materialien
- Kontakte
- Mitarbeit

**GRÜNE BILDUNGSWERKSTATT -
GRÜNES INSTITUT KÄRNTEN**
Priesterhausgasse 1/1
9020 Klagenfurt/Celovec
☎ 0463/515326

© GORJA 1992

Das Mozart-Jahr haben wir schon überstanden, wir werden auch das Kolumbus-Jahr überstehen. Alle Kommentatoren, die etwas auf sich halten, ziehen bereits in Sonntagspredigten gegen den Eurozentrismus zu Felde, bedauern die sterbenden Regenwälder und das Elend der Koka-Bauern. Alle reden von globalen Herausforderungen, und doch haben wir soeben unsere Ignoranz gegenüber den Kriegen am Balkan bewiesen. Gleichzeitig schreitet die westeuropäische Einigung munter voran. Es wird Zeit, daß wir endlich auch hier bei uns den Eurozentrismus bekämpfen und bei der berühmten Devise vom globalen Denken nicht aufs lokale Handeln vergessen.

Als letzten Herbst ein italienischer Grüner einen Zusammenschluß von Friaul, Slowenien und Kärnten forderte, ging ein Aufschrei durch den Blätterwald. In der Aufregung hat man übersehen, daß er keinen neuen Staat forderte, sondern eine überregionale Kooperation, nach der Idee eines "Europa der Regionen" - ein Konzept, das Zukunft hat.

Denn es wird immer wichtiger, positive Gegenmodelle zu einem zentralistischen, aggressiven westeuropäischen Block zu entwickeln, und zwar solche, die auch politikfähig sind. Die Diskussion darüber wird aber hierzulande kaum ernsthaft geführt. In diesem Themenheft von alpe adria geben besonders unsere italienischen Freunde Denkanstöße, die eine Auseinandersetzung wert sind. Wir hoffen auf heftige Reaktionen und werden die Debatte in den nächsten Nummern fortführen.

Werner Wintersteiner

DANKE - BITTE

DANKE allen unseren LeserInnen und Lesern, die durch die Bezahlung ihrer Abos die Basis für die weitere Existenz dieser Zeitschrift gelegt haben. Es gibt nur mehr einen kleinen Schönheitsfehler: Es sind zu wenige. Wir ersuchen dringend alle, die wollen, daß diese Stimme, die sich ohnehin nicht sehr laut erheben kann, weiter besteht, die finanziellen Voraussetzungen dafür zu legen.

Unser Konto: Bank Austria, BLZ 20 151), Konto- Nummer: 422.533.404. BITTE.

MUTZUR ANGST

"Den Abbau von Berührungsängsten" fordert Staatssekretär Peter Jankowitsch, und meint damit, daß Österreich bei westeuropäischen und NATO-Militärpakten mitmachen soll, "ohne dabei die Neutralität aufzugeben". Damit ist es ihm gelungen, den Newspeak à l'autrichienne um ein modisches Psychovokabel zu bereichern. Dieser Perversion des Angstabbaus kann man nur ein deutliches "Mut zur Angst!" entgegenhalten.

Immerhin zeigt diese Frage "beachtliche" Unterschiede zwischen den Parteien: Haider verlangt schon seit Jahren die Aufgabe der Neutralität, Mock will endlich mehr NATO-Flieger über unsern Bergen sehen, nur die SPÖ hält an der Neutralität fest - an einer Worthülse, an die sie selber nicht mehr glaubt, die nur mehr zur Roßtäuscherei eingesetzt wird. Denn laut Umfragen haben nimmt das österreichische Volk die Neutralität wichtiger nimmt, als den Politikern lieb ist.

Natürlich steht außer Zweifel, daß über den Neutralitätsbegriff wieder diskutiert werden muß. Aber nicht, um ihn abzuschaffen, sondern um ihn zeitgemäß zu definieren. Der Kern unserer Neutralität war die Weigerung, sich am Wettrüsten der Supermächte und ihrer Blöcke zu beteiligen - ein Standpunkt, der durch das Ende des Kalten Krieges bestätigt worden ist. Müßte in derselben Logik Neutralität nicht heißen, sich den heutigen Blöcken zu verweigern? Und alles scheint dafür zu sprechen, daß auch "Westeuropa" unter dem Etikettenschwindel "Europäische Gemeinschaft" sich anschickt, so ein Block zu werden.

Müßte "Neutralität" heute nicht vor allem Solidarität mit den Schwachen im Osten und vor allem in der 3. Welt bedeuten?

WW

Thesen zum Europa der Regionen

• Von Werner Wintersteiner

1. "Europa der Regionen" ist ein emotional hoch besetzter, aber inhaltlich diffuser Begriff, der eben deshalb von unterschiedlichen politischen Lagern in ganz unterschiedlichem Sinn verwendet wird: Die EG-Bürokraten verwenden ihn als Kompensation für die Kälte und Unübersichtlichkeit der MEGA-Struktur von EG-Europa, und wohl auch als Verwaltungs- und Durchsetzungsorgan dafür; den rechten Populisten à la Haider ist der Begriff willkommen als populäre Formulierung für ihren Nationalismus, der als Heimatliebe und Anti-EG-Protest daherkommt usw.

2. Es genügt offensichtlich nicht, dem westeuropäischen Zusammenschluß zu einer neuen Supermacht das Schlagwort "Europa der Regionen" entgegenzuhalten. Wenn es ein Konzept von einem "anderen Europa" gibt, das diesen Namen verdient, dann muß es drei Bedingungen erfüllen, es muß verstanden werden als Zielvorstellung eines Europa, das demokratisch, entmilitarisiert und "positiv multikulturell" gestaltet ist. Innerhalb dieser Konzeption kann ein "Europa der Regionen" einen Platz haben als Widerstandssparole mit beschränkter Reichweite. Wir sollten jedenfalls den Begriff nicht der Gegenseite überlassen.

3. Was heißt "demokratisches Europa"?

Es besteht kein Zweifel, daß ein Super-Europa noch mehr Entscheidungen an unkontrollierbare Instanzen verlagern wird als schon bisher der Fall ist. Trotzdem, die vielzitierte Forderung nach Dezentralisierung ist noch nicht per se demokratisch. Es geht also nicht um Dezentralisierung, sondern um Demokratisierung auf allen Ebenen. Demokratisierung heißt immer, den Spielraum für die Austragung vorhandener Konflikte zu erweitern. Daher müssen die Spielregeln genau definiert werden, damit diese Konflikte nicht ihrerseits die Demokratie verhindern oder zerstören (siehe Sowjetunion, Jugoslawien). Eine Voraussetzung

ist eine klare und unverrückbare Definition der menschlichen Grundrechte, die nicht der "Willkür" von Mehrheiten unterworfen werden dürfen, auch wenn diese demokratisch legitimiert sind. Es ist logisch, daß diese Rechte für Schwächere und Minderheiten aller Art von entscheidender Bedeutung sind. Eine weitere Voraussetzung ist die allgemeine Geltung dieser Grundrechte, wie sie jetzt in keinem Staat Europas gegeben ist. Menschen, die jahrelang bei uns leben (Migranten, Gastarbeiter) und arbeiten, haben keinerlei demokratischen Rechte, sie können nicht einmal die Gesetze beeinflussen, die sie in ihrem besonderen Status betreffen, geschweige denn die, die sie wie alle anderen BürgerInnen betreffen. Es muß also das allgemeine Wahlrecht, aktiv und passiv, für alle Menschen gefordert werden, die eine bestimmte Zeitlang bei uns leben.

Erst auf dieser Basis ist eine Demokratisierung möglich, die sich als dreifache Überwindung des Nationalstaates darstellt:

- *Überwindung des Nationalstaates nach oben:* bestimmte Entscheidungen werden auf gesamteuropäische (nicht EG) Instanzen verlagert, die demokratisch legitimiert sein müssen - im Gegensatz zu den heutigen EG-Entscheidungsstrukturen oder zum kompetenzlosen EG-Parlament. (Manche Menschen, gerade im Kleinstaat Österreich, befürchten, daß eine Abgabe von Souveränitätsrechten nach oben automatisch eine Entmündigung darstellt. Bei genauerem Hinsehen ist aber das Gegenteil der Fall: Nur durch eine Beteiligung an einem demokratischen supranationalen Organ können wir eine Mitsprache bei den Entscheidungen erlangen, die bis

jetzt ohne uns getroffen werden und an denen wir uns auch bisher orientieren mußten.)

- *Überwindung des Nationalstaates nach unten:* bestimmte Entscheidungen werden auf niedrigere Ebenen (länderübergreifende Regionen, Bundesländer, Kommunen) verlagert. (Diese Forderung ist das Lieblingkind der Haider und Freistaatler. Sie wollen aber damit offensichtlich ihren Machtbereich ausdehnen. Nur die strikte Forderung nach klaren Grundrechten kann dieser Willkür einen Riegel vorschieben.)
- *Überwindung des Nationalstaates nach innen:* bestimmte Entscheidungen werden der Handhabung der

repräsentativen Demokratie entzogen und einzelnen BürgerInnen bzw. Instrumenten der direkten Demokratie überantwortet. (Diese Maßnahme ist nicht nur eine jetzt schon sinnvolle Verbesserung der De-

mokratie, sie ist auch ein notwendiges Gegengewicht zu den ersten beiden Forderungen.)

4. Was heißt "entmilitarisiertes Europa"?

Meist ist diese Forderung außenpolitisch argumentiert worden: eine Forderung gegen eine starke Militärmacht Europa, die - dem Weltgendarmen USA gleich - sich anschickt, überall wo es ihr paßt zu intervenieren und ihre Interessen durchzusetzen; ferner gegen eine "Festung Europa", die ihre Privilegien gegen die Armen der Welt verteidigt; ferner gegen ein Europa, das Waffen für die ganze Welt produziert und damit schuldig an mörderischen Kriegen in der 3. Welt wird. Das ist natürlich alles richtig, aber noch nicht genug: Der Golfkrieg und der

Wenn man das "Europa der Regionen" denen überließe, die es am lautstärksten propagieren, dann würde daraus mit großer Wahrscheinlichkeit kein friedliches und grenzüberschreitendes Europa werden.

Peter Gstettner

Zerfall der Sowjetunion führen uns vor Augen, wie gefährlich der erreichte Stand an Massenvernichtungswaffen schon ist. Gegenwärtig besteht die Tendenz, immer kleinere, handhabbare Waffen mit gleichbleibend fürchterlichem Zerstörungspotential zu entwickeln. Wenn diese Entwicklung nicht schleunigst gestoppt wird, sind neue Szenarien der planetarischen Vernichtung realistisch, gegenüber denen sich das bisherige Gleichgewicht des Schreckens der beiden Supermächte sich direkt harmlos ausnimmt. Da Europa einen Großteil der Tötungsmaschinerie herstellt, ist eine Rüstungskonversion hier von entscheidender Bedeutung.

Es müßte aber noch ein weiteres, innenpolitisches Argument hinzutreten: Je größer die Demokratie wird, desto wichtiger ist es, eine Kultur der Gewaltfreiheit zu entwickeln. Sonst drohen, bei Zuspitzung von Konflikten, jugoslawische Zustände, oder nordirische usw. Stehende Heere, auch bei allgemeiner Wehrpflicht, sind der Bock, der zum Gärtner gemacht wurde. Sie sind eine Schule des Militarismus, ein undemokratischer Fremdkörper im Staat, ein natürliches Hindernis

bei der Entwicklung der Friedenskultur und der Konversion der Kriegsrüstung; sie rechtfertigen die Heere der anderen Staaten und vice versa. Ohne Entmilitarisierung droht die fortschrittliche Losung eines "Europa der Regionen" umzuschlagen in einen Freibrief für eine high-tech-Anarchie, in der das Recht des Stärkeren mit ABC-Waffen durchgesetzt wird: die Verbindung von mittelalterlichem Fehdebrauch und modernstem Tötungspotential.

5. Was heißt "positiv multikulturelles" Europa?

Multikulturell ist jede europäische Gesellschaft sowieso. Es kommt aber darauf an, daß dies bewußt als positives Konzept des Zusammenlebens gesehen wird. Das bedeutet, zunächst allen Menschen die Möglichkeit zu geben, die eigene Sprache und Kultur zu lernen und zu leben. Nicht weil man die nationalen Besonderheiten betonen und hochstilisieren will, sondern im Gegenteil, weil nur die selbstverständlich Anerkennung dieser Grundrechte für alle ein Ent-Nationalisierung anderer, z.B. sozialer Konflikte, ermöglicht und die Vielfalt menschlicher Identitäten hervortreten läßt. Die Losung "Eu-

ropa der Regionen" kann in diesem Sinn eine wichtige Rolle spielen. Das Zusammenleben in Regionen, die bisherige Landes- und Staatsgrenzen überschreiten, z.B. die Kernzone der ARGE Alpen-Adria, kann eine "Schulung" im multikulturellen Zusammenleben sein. Damit aus dieser Wunschvorstellung Wirklichkeit wird, sind noch viele Schritte notwendig.

6. Die bisherige ARGE Alpen-Adria scheint mehr die Karikatur dieses Konzepts eines "Europas der Regionen" zu sein als ihre Vorform. Ihr Versagen in der jugoslawischen Krise war Symptom ihrer bürokratischen Schwerfälligkeit und politischen Unverbindlichkeit. Ideen zu einer Entwicklung der ARGE zu einer politischen, nicht bloß bürokratischen Vereinigung wurden bisher vor allem von den italienischen Grünen geäußert, sind aber in den Nachbarländern kaum diskutiert worden.

Mit diesem Heft wollen wir die Debatte weitertreiben. Es wäre schade, wenn Alpen-Adria, bis jetzt ein ungehaltenes Versprechen, eines Tages als vertane Chance erkannt werden müßte.

Regionalismus in Westeuropa:

Probleme und Perspektiven

• von Albert F. Reiterer

Das "Europa der Regionen" ist zum Schlagwort geworden. Minderheiten glauben, darin die Lösung ihrer Probleme gefunden zu haben. Aber auch rechtspopulistische Protestbewegungen - z.B. die Lega Lombarda, jetzt Lega Nord in Italien -, Frankreichs Christdemokraten (CDS) oder die Färinger setzen darauf ihre Hoffnung. Ebenso unterschiedlich wie die Regionalismus-Fans sind ihre Motive. Nicht zuletzt ist man sich recht uneinig, was eine Region eigentlich ist. Ist Oberkärnten eine "Region", wie etwa die Kärntner Landesregierung historisierend argumentierte, als Slowenenvertreter ihre Wahlkreiseinteilung anfochten? Ist die

ARGE Alpen-Adria mit ihren eineinhalb Dutzend Mitgliedern eine grenzüberschreitende Region?

Schließlich: Was ist das Ziel? Die einen wollen damit die Auflösung des Nationalstaates erreichen. Andere sehen in Regionalismus ein Mittel der Dezentralisierung überzentralisierter Staaten, einen Weg der stärkeren Demokratisierung i.S. des Subsidiaritätsprinzips, welches möglichst viele Entscheidungen zu den Betroffenen hin verlagern soll.

Wir sehen: Regionalismus ist keineswegs einfach der "Aufstand der Provinz" (Gerdes), eine Reaktion von Provinzeliten auf Macht- und Prestigever-

lust durch zunehmende Internationalisierung vieler sozialer Beziehungen. Doch Regionalismus ist auch nicht nur der Versuch, herrschaftsfreie Räume zu schaffen. Zwischen diesen beiden polaren Aussagen erstreckt sich die Motivation regionalistischer Bewegungen. Sie sind sehr dialektisch zu sehen. Komplexe Tatbestände haben immer viele Seiten, erwünschte und unerwünschte. Manichäismus ist in der Politik selten angebracht.

Regionen

Der Mensch bewegt sich immer in Räumen; konkretes Verhalten kann im-

mer lokalisiert werden. Trotzdem ist der Raum nicht eine "natürliche" Gegebenheit. "Länder", "Regionen" oder auch "Staaten" sind komplexe soziale Geflechte. Sie bieten dem Einzelnen Sinnbezüge, konkrete Ausprägungen von "Lebenswelten". Sie sind Systeme, welche Gesellschaften durch räumliche Symbole voneinander abgrenzen und identifizieren.

Den Regionalisten scheint der Antagonismus zwischen Staat und Region fundamental.

Doch ist er nur

eine Erscheinungsform des Spannungsfeldes von Machtausübung und sinnorientierter Selbstbestimmung: Es tritt durchaus innerhalb der Region selbst auch auf. Nationalstaaten entstanden, indem sich Kernregionen eher zufällig, mit Gewalt, andere Regionen anlagerten. Vom Machtkern in der Zentralregion aus wurde dann das gesamte Staatsgebiet verwaltet und vereinheitlicht. Der Aufbau des modernen Staates stellt sich somit als ein Prozeß der Zentralisierung dar. Er ging für den übergroßen Teil der Bevölkerung fremdbestimmt vor sich. Alle Gebiete außer dem Machtkern wurden zuerst einmal zur Peripherie. Diese Entfremdung ist noch heute die eigentliche Ursache für regionalistische Impulse.

Regionalismus

Regionalbewußtsein, der Bezug auf die sinnstiftende Wirkung des Gemein-samlebens in einem Raum, macht aus diesem Raum erst eine Region, wie auch Nationalbewußtsein aus einer Gesellschaft eine Nation macht. Regionalismus ist zuerst nur der subjektive Aspekt, wie Region der strukturelle Aspekt eines sozialen Ganzen ist.

Allerdings versteht man unter Regionalismus heute eine politische Bewegung, einen Protest der Entfremdung gegen bürokratische Machtausübung von oben. Dabei bleiben ja gewöhnlich

die Interessen der Peripherien auf der Strecke. Wenn die Krise der Schwerindustrie in Großbritannien auf Schottland und Wales, in Belgien auf Wallonien und in Spanien auf das Baskenland allein abgewälzt wird, dann werden sich diese Regionen wehren. Doch auch Menschen im hochentwickelten Norditalien stellen sich gegen das "römische Chaos": Sie haben das Gefühl, unter dem Vorwand der Solidarität mit Südtalienen von der Zentralbürokratie und den Römern Politikern aus-

genommen zu werden. Nicht gar so anders war die Situation zuletzt in Jugoslawien.

Region - Nationalstaat - westeuropäische Integration

Die soziale Integration, die Herstellung immer engerer Beziehungen zwischen den Menschen ging seit dem Beginn der Moderne je nach gesellschaftlicher Sphäre völlig ungleichmäßig vor sich. Die Wirtschaft begann sich früh zu internationalisieren; das soziale Alltagsleben aber blieb bis heute lokal oder regional zentriert. Aus der lokalen oder regionalen Gesellschaft bezieht es seine Relevanzen, seine wichtigsten verpflichtenden Sinnbestimmungen. Die Nationalisierung des politischen Lebens ist seit längerem eine Tatsache.

So wandern also im wirtschaftlichen Leben immer mehr Kompetenzen durch internationale Verträge oder Vereinigungen "nach oben" - zu viele wahrscheinlich. Im politischen Bereich, jenem der Machtausübung und der autoritativen Durchsetzung von Entscheidungen, bleibt der Nationalstaat die wichtigste Ebene. Viele Politikfelder völlig unterschiedlichen Inhalts werden aber "nach unten" verlagert, einfach, weil sie zentral "nicht mehr administrierbar" sind, wie es in der verhüllenden Beamten-sprache heißt. Gemeinden, aber auch Regio-

nen, erhalten daher immer mehr Aufgaben. Auch hier findet keineswegs automatisch eine richtige Situierung der Kompetenzen statt: Die Gemeinden erhalten nicht nur in Österreich immer mehr Aufgaben. Doch die Finanzmittel werden eher bei den Ländern konzentriert, die wenig mehr als die Funktion von Gemeindeverbänden haben. Die Machthaber, und insbesondere die Beamten, trauen bekanntlich dem Volk nie.

Der Fetisch der einen und einzigen Souveränität, eines mystischen Wesens mit Allmachts-Attributen, zerbröckelt langsam auf diese Weise. Das entspricht dem Tatbestand, daß nicht mehr nur eine einzige Identität wichtig ist, die nationale etwa. Multiple Identitäten sind der Ausdruck der vom Einzelmenschen durchaus unterschiedlich gewichteten Mitgliedschaften in mehreren, in vielen sozialen Systemen.

Schlußfolgerungen

Ist diese Sicht richtig, so ist festzuhalten:

- 1) Regionen werden in Hinkunft wesentlich mehr politische Kompetenzen wahrzunehmen haben. Sie sind ja die eigentlichen integrierten sozialen Einheiten. Die Gestaltung des sozialen Lebens allgemein, die Vorsorge für ein gewisses minimales Lebensniveau wird ihre Aufgabe. Der Regionalismus wird in diesem Sinne erfolgreicher sein, als er selbst erwartete.
- 2) Doch Regionalismen können den Nationalstaat, den manche so sehr hassen, nicht einfach überspringen. Sie würden sich selbst dabei entscheidend schwächen. Wo liegt der Sinn im Aufstand der Basis, wenn diese Basis dann vollständig abhängig wird von einem Lobbyismus (ob in Brüssel oder in Luxemburg) bei internationalen Bürokratien?
- 3) Die Integration zu supranationalen Einheiten ist nur für wenige Bereiche eine erträgliche Perspektive. Warum soll dann eine riesige Bürokratie für eine "Politische Union" ohne demokratische Kontrolle aufgebaut werden? Vergleichen wir einmal zwischen EG und EFTA! Die EFTA war pragmatisch enorm erfolgreich und hat alle ihre Ziele erreicht. Wenn sie derzeit am Aus-

Die Demokratie hat ihren Abschluß und ihre vollendete Form mit den aktuellen Modellen noch nicht gefunden. Die Demokratie ist eine Lösung, die uns Probleme schafft. Das demokratische Leben in Europa wartet auf einen neuen Anlauf. Wir sind nicht im Zeitalter der Vollendung, sondern im Zeitalter der Anfänge der Demokratie.

Edgar Morin/Anne-Brigitte Kern

einanderbrechen ist, so ist dies nicht zuletzt eine Folge der katastrophalen österreichischen Politik. Sie zielt bewußt darauf ab, wichtige Bereiche des österreichischen Lebens durch einen EG-Anschluß der demokratischen Kontrolle zu entziehen. Nichts anderes bedeutet das Schlagwort von der "Europa-Reife": Wir haben sie angeblich nicht (aber Spanien mit 20 % Arbeitslosen oder Portugal als Armenhaus Europas

schon?). - Die EG hingegen präsentiert sich hilflos zerstritten, scheitert an ihren hohlen Phrasen und vergebend kostbare Ressourcen in riesigem Ausmaß.

Ein "Europa der Regionen" wird gleichzeitig unbedingt auch ein "Europa der Nationen" sein müssen. Regionalismus ist ein wichtiger Ansatzpunkt für eine stärkere Demokratisierung, für stärkere Selbstbestimmung auf indivi-

dueller wie auf kollektiver Ebene. Doch wenn er sich mit den am wenigsten demokratischen Körperschaften in der Weltgesellschaft alliiert, dann wird er in eine Sackgasse führen, die bestimmt nicht sein Ziel ist.

*Albert Reiterer ist
Politikwissenschaftler in Wien.*

Welchen Bedürfnissen entspricht ein Europa der Regionen?

• von Arno Truger

Vom "Europa der Regionen" wird gesprochen, weil damit vorhandenen konkreten Bedürfnissen entsprochen werden soll. Nur eine Auseinandersetzung mit diesen Bedürfnissen und dem, was als "Europa der Regionen" tatsächlich verwirklicht wird, kann Aufschluß darüber geben, inwieweit es sich um eine konkrete Utopie im Sinne der Befriedigung produktiver Bedürfnisse handelt oder um deren Instrumentalisierung zur Durchsetzung egoistischer Interessen.

Der Begriff "Europa der Regionen" suggeriert, daß es in einem "Vereinten Europa" zu keiner Vereinheitlichung der Vielfalt - sozusagen zu einem "Einheitsbrei" - kommen werde. Daß es also möglich sei, ein gemeinsames Europa mit einheitlichen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und militärischen Strukturen und Regelungen zu schaffen, ohne daß die Befriedigung von Bedürfnissen aufgrund regionaler Besonderheiten behindert werde. Mehr noch, daß ein gemeinsames Europa für die Entfaltung dieser Bedürfnisse notwendig sei.

Die grundlegende Fragestellung lautet daher: Welche produktiven Bedürfnisse gibt es auf regionaler Ebene, die ohne überregionale Strukturen und Regelungen nicht entfaltet und befriedigt werden können und denen überregionale Strukturen und Regelungen zu entsprechen haben?

Produktive Bedürfnisse contra egoistische Verwertungsinteressen

Mit steigenden Abhängigkeiten von ökologischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Entwicklungen in anderen Regionen ergibt sich ein steigender Bedarf an überregionalen Regelungen, sowohl was die Befriedigung produktiver Bedürfnisse anlangt, als auch was die Befriedigung egoistischer Verwertungsinteressen betrifft. Wenn also von einem "Europa der Regionen" gesprochen wird, kommt es darauf an, was von beiden angestrebt wird.

Hinsichtlich der Entfaltung produktiver Bedürfnisse, die einer überregionalen Regelung bedürfen, muß eine klare Abgrenzung zu einem Bedarf gezogen werden, der sich aufgrund egoistischer Verwertungsinteressen an einer "Wachstumsgesellschaft" (materiell und quantitativ) orientiert. Eine Gegenüberstellung dieser beiden unterschiedlichen - und sich ausschließenden - Bedürfnisse soll dies erläutern:

produktive Bedürfnisse

egoistische Verwertungsinteressen

Ökonomie / Ökologie

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Produktion entspricht: grundlegenden zivilen Bedürfnissen
humanen Arbeitsbedingungen
Umweltverträglichkeit • Distribution entspricht der Beseitigung von Ungleichheiten und Unterdrückung (Solidarität) • Stärkung der Selbständigkeit (Self-Reliance) • Kooperation zum gemeinsamen Nutzen | <ul style="list-style-type: none"> • Produktion entspricht: Profitinteressen

Ausbeutung der Arbeitskräfte
Konzentration und Zentralisation - Transport und Monokulturen belasten die Umwelt • Distribution entsprechend Profitinteressen ("Drittweltisierung" - Verschuldung) • Steigerung der Abhängigkeit bzw. Ausgrenzung ("2/3-Gesellschaft", "Festung Europa") • Kooperation nur zum eigenen Vorteil |
|--|--|

Politik

- Politische Partizipation bei der Gestaltung der eigenen Lebensumstände
- Keine Förderung und Einbeziehung (allenfalls Inkorporation) außerinstitutioneller Initiativen von Menschen (insbesondere von Frauen) und Gruppen bei politischen Entscheidungen (z.B. durch finanzielle Unterstützung, plebiszitäre Elemente in der Verfassung und bei der Entscheidungsfindung - Referenden etc.)
- Dezentralisierung und Demokratisierung von Entscheidungsstrukturen (Einbeziehung "niederer" institutioneller Ebenen - Regionalisierung, Autonomisierung von Verwaltungen)
- Zentralisierung von Entscheidungsstrukturen bei gleichzeitiger Schwächung der demokratischen Kontrolle zur "effizienten" Durchsetzung von Interessen
- Transparenz bei der politischen Entscheidungsfindung
- Lediglich das Ergebnis politischer Entscheidungsfindung wird mitgeteilt
- Sicherung von Menschenrechten, insbesondere auch der Entfaltungsmöglichkeiten von Minderheiten in Verfassung, Wirtschaft und Politik
- Sicherung von "Freiheiten" - ungeachtet der Konsequenzen für Benachteiligte

Kultur / Identität

- Identität aufgrund eigener - allgemein anerkannter - Stärken, d.h.: Selbstbewußtsein aufgrund eigener Fähigkeiten bzw. kultureller Errungenschaften
- Identität aufgrund von Überlegenheit gegenüber anderen, d.h.: Selbstbewußtsein aufgrund eines Statuses für den man/frau nichts können (Zugehörigkeit zu bestimmten Nationen, Rassen, Religionen ...)
- Förderung von ethnischen Gruppen hinsichtlich der Pflege und der Weiterentwicklung ihres kulturellen Erbes
- Förderung von Nationalismus und Chauvinismus zur Kaschierung eigenen Unvermögens und Aufrechterhaltung der eigenen Machtposition
- Regionenübergreifende
- "Europaeuphorie", die

Kooperation, die sich einerseits an der Entfaltung produktiver Bedürfnisse der Beteiligten orientiert und auch jene der Nicht-Beteiligten einbezieht

- Information - Förderung des Wissensstandes über andere Kulturen, Ethnien, Religionen, Länder, etc. durch: Medienberichterstattung, Schulische Bildung, Erwachsenenbildung etc. Kommunikation aufgrund von Erfahrung
- Verschweigen, Desinformation und Scheindiskussionen, die an den wirklichen Problemen vorbeigehen, Informationen berücksichtigen nicht die Erfahrungen der Rezipienten
- Förderung einer Konfliktkultur; Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitisch bedeutsamen Entwicklungsfaktoren - auch in der Vergangenheit ("Vergangenheitsbewältigung")
- Förderung einer Konfliktvermeidungskultur in der die Konflikte zudeckelt und instrumentalisiert, statt ausgetragen werden
- Förderung von trans- und interregionalen Dialogen und Kooperationen zur Verbesserung von Orientierung und Problembewußtsein und zum Abbau von Vorurteilen und Feindbildern
- Hierarchische Organisation von Dialogen und Kooperationen zwischen Regionen und einem Zentrum
- Förderung der Bereitschaft und Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen
- Stärkung des Vertrauens in militärische Lösung von politischen Problemen

Militär / Sicherheit

- Gewaltfreiheit bei der Lösung von Konflikten
- Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen wird nicht ausgeschlossen
- Abrüstung und Konversion aufgrund des Vorranges friedenspolitischer Interessen
- Rüstung wird aufgrund der Vorrangstellung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen betrieben

vorgibt, den Interessen der "Europäer" zu dienen, aber sich in Wirklichkeit an egoistischen Verwertungsinteressen innerhalb von Regionen Teileuropas (Westeuropa) orientiert und andere Regionen (innerhalb und außerhalb Europas) ausgrenzt.

- Keine Rüstungsexporte, um nicht zum Entstehen und der Eskalation militärischer Konflikte beizutragen
- Defensive militärische Sicherheitspolitik (nicht die Unsicherheit - Abschreckung - sondern die Sicherheit eines potentiellen Gegners dient der eigenen Sicherheit
- Auflösung militärischer Blöcke
- Stärkung politischer kooperativer Sicherheit
- Rüstungsexporte aufgrund wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen
- Offensive militärische Sicherheitspolitik mit möglichst großem Abschreckungspotential und flexiblen Eingreiftruppen außerhalb des eigenen Gebiets
- Stärkung militärischer Blöcke
- Stärkung militärischer kollektiver Sicherheit

"Europa der Regionen" contra "Festung Europa"

Aus der Gegenüberstellung der unterschiedlichen Bedürfnisse, deren Befriedigung überregionale Strukturen und Regelungen bedürfen, ergeben sich zwei antagonistische Konzepte für ein "Europa der Regionen". Eines, das diesen Namen verdient und die Entfaltung der produktiven Bedürfnisse fördert. Das andere leitet seinen Namen nur aus der Tatsache ab, daß Europa

Literaturhinweis:
Peter Gstettner, Föderalismus als Mode, Regionalismus als Ideologie. In: Forum, Nr. 456, Dezember 1991, Seite 16-23.

aus Regionen besteht. Es kann am ehesten mit dem Begriff "Festung Europa" gekennzeichnet werden. Dieses Konzept hat aber mit einer Regionalisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung nichts im Sinn. Es instrumentalisiert auf populistische Weise produktive Bedürfnisse und nützt diese für egoistische Verwertungsinteressen. ○

ALPEN ADRIA in einem Europa der Regionen?

• Von Giorgio Cavallo

Das Thesenpapier "Europa der Regionen" (in diesem Heft, ab S. 4) ist nützlich und interessant, weil es - über unterschiedliche Positionen zum Thema selbst hinaus - auch klären hilft, welche politisch-kulturellen Konzepte heute innerhalb der Grünen und der alternativen Bewegung existieren. Die jugoslawische Krise und der Kampf für die Selbstbestimmung Sloweniens und Kroatiens wurden von vielen von uns in praktisch konträrer Weise eingeschätzt. Offenbar kann dasselbe Ereignis von unterschiedlichen Gesichtspunkten betrachtet werden, aber wahrscheinlich sind dahinter auch tiefere politische Unterschiede verborgen, die es herauszuarbeiten gilt. Die Diskussion über das "Europa der Regionen" kann vielleicht ein Beitrag in diese Richtung sein.

Welche institutionellen Modelle für Europa?

Werner Wintersteiner meint, daß man nur von einem "Europa der Regionen" sprechen könne, wenn man es

mit bestimmten Inhalten füllt: ein demokratischen, entmilitarisiertes und multikulturelles Europa. Praktisch schlägt er ein Europa der Regionen als Ziel oder politischen Slogan als Gegenposition zu anderen Konzepten von Europa vor.

Ich persönlich möchte festhalten, daß institutionelle Fragen eine Autonomie haben und nicht von vornherein mit politischen Inhalten gefüllt werden können. Freilich ist jedes institutionelle Modell unterschiedlich brauchbar für bestimmte politische Inhalte.

Das Problem der europäischen Einheit ist das: für einige (die, die heute mehr zählen) geht es um ein System von Regeln der "Demokratie", um die wirtschaftliche Entwicklung (das heißt heute die Entwicklung der multinationalen Konzerne) maximal voranzutreiben. Für uns hingegen geht es um ein System von Regeln der repräsentativen Demokratie mit einem Maximum an Bürgerrechten und an Spielraum, um die entscheidenden Fragen der Zukunft der Menschheit anzugehen: Qualität des Lebens und der Umwelt, gleichbe-

rechtigte und solidarische Beziehungen zwischen Nord und Süd, Ost und West, und Erweiterung der individuellen und kollektiven Menschenrechte.

Die gegenwärtige Europäische Gemeinschaft

Die gegenwärtige EG scheint fast ausschließlich die Funktion zu haben, die Märkte zu vereinigen und Europa als ökonomische und militärische Weltmacht aufzubauen. Wie soll man auf das Versagen der EG als demokratische, entmilitarisierte und multikulturelle Institution reagieren? Ich glaube, daß der Ausweg nicht die Rückkehr zur totalen Souveränität der einzelnen Staaten ist. Vielleicht sind diese in einigen Fragen demokratischer und ökologischer als die gegenwärtige EG, aber der Verzicht auf eine überstaatliche Organisation in Ermangelung einer besseren würde Europa in das Klima der 30er Jahre mit den Konflikte zwischen den Staaten zurückwerfen, gerade angesichts der Instabilität in Osteuropa.

Für jemanden, der in einem Land der EG lebt, kann diese und die Zugehörigkeit seines Landes zu ihr schwerlich infrage gestellt werden. Man müßte vielmehr dafür kämpfen, daß innerhalb ihres Wachstums-konzepts ein echter demokratischer Prozeß in Gang kommt. Es gibt heute eine Konfrontation zwischen einem Konzept der EG als reicher Festung, die als Gendarm in diesem Erdteil auftritt und einem Konzept der EG als offenem und erweiterbarem Prozeß, einer EG, die "in gemäßigter Weise" bereit ist, ihren übervollen Tisch mit anderen zu teilen. Dieses zweite Konzept vertreten nicht nur alternative Kräfte, sondern auch eini-

Wie Franz Josef Strauß sind viele der regionalistischen Politiker zugleich Technokraten und Spieler, Anhänger neuester technischer Errungenschaften und ältester Vorurteile, sie glauben an den Gott des Geldes und an den Teufel im Fremden, sie sind weitgereist und engstirnig. (Am Aschermittwoch 1992 hat sich Jörg Haider wieder einmal selbst als würdigen Nachfolger von F.-J. Strauß bezeichnet, Anm. der Redaktion.)

Karl Markus Gauß

Ein gemeinsamer EG-Beitritt der mitteleuropäischen Staaten?

Der Vorschlag eines gemeinsamen EG-Beitritts von Österreich, Ungarn, Slowenien, Kroatien und eventuell auch der CSFR - mit einer gesamten Einwohnerzahl, die nicht viel höher ist als die der DDR - würde der EG keine enormen strukturelle Probleme bringen. Aber die soziale, politische und nationale Vielfalt dieser Länder ist paradigmatisch für die weitere Entwicklung Europas in Ost und West. Das wäre eine konkrete Perspektive für die EG zu zeigen, daß die Probleme sich durch Integration und nicht durch Aufsplitterung lösen lassen.

Die grünen Freunde in Österreich sind heute (neben anderen Motiven) gegen einen EG-Beitritt, weil die EG-Verkehrspolitik zu akzeptieren heute

eine Transit-Invasion bedeuten würde. In Italien fürchten manche, daß das soziale Netz für die Arbeiter in Europa weniger engmaschig wäre als die jetzigen italienischen Bestimmungen... Um gemeinsam diese Fragen zu lösen, genügt freilich nicht die Idee von einem Europa als einem föderativen Staat, der den gewählten Organen politische Macht gibt (Europäisches Parlament und eventuell auch eine Regierung), sondern ist es darüber hinaus nötig, daß die Einheiten dieses Europas nicht mehr die heutigen Staaten mit ihrem ganzen Machtapparat sind, sondern andere territoriale Einheiten, die sich in einem neuen demokratischen Pro-

zeß leichter anerkennen können. Ich persönlich meine, daß die historischen europäischen Staaten (und die, die sich heute auf Basis mittelalterlicher Konzepte bilden) heute, mit ihrer mononationalen Identität und ihren Grenzen, der Hauptgegner für eine menschengerechte und naturgerechte Politik sind.

In diesem Sinne kann ein Europa der Regionen mehr sein als ein Slogan, den man nicht dem politischen Gegner überlassen will, nämlich ein konkretes politisches Projekt, das es zu entwickeln und zu vertreten gilt.

Was für ein Europa der Regionen?

Es muß einige grundlegenden Bedingungen erfüllen:

- Es muß ein offenes Europa sein; jeder, der will, kann beitreten.
- Es muß ein föderalistisches Europa sein, das die Regionen als Basis hat (auch solche, die sich von den heutigen Regionen der einzelnen Staaten unterscheiden).
- Die Logik der Macht, die heute die Politik einiger Mitgliedsstaaten bestimmt, darf sich nicht übertragen und ausweiten auf europäisches Ni-

veau.

- Die föderalistische Demokratie des neuen Europa muß auf die "Kommunikation" der Rechte der einzelnen und der Gemeinschaft beruhen: Es muß ein System von unveräußerlichen Rechten geschaffen werden, die das Beste umfassen, was die repräsentative Demokratie Westeuropas bisher hervorgebracht hat.
- Auf jedem institutionellen Niveau muß dieses Europa der Regionen ein demokratisches System haben, das ein Gegengewicht schafft zur jeweiligen Machtebene durch eine Kontrolle von oben (Respektierung der Grundrechte des Menschen und der Natur, der einzelnen und der Gemeinschaft) und durch eine Kontrolle von unten durch Methoden der direkten Demokratie (Volksabstimmung, Recht auf Gesetzesanträge durch Bürgerinitiativen...)

Faktisch muß eine neue Seite des politischen föderativen Rechts geschrieben werden. Denn bisher wurde der Föderalismus nur eingesetzt, um ein Gleichgewicht zwischen zentralistischen und zentrifugalen Kräften zu erzielen. Es geht aber um ein Modell, das besser als bisher zwischen den menschlichen Grundrechten und der Instabilität vermittelt, die durch wirtschaftliche Veränderungen oder durch eine neu gegebene multikulturelle Situation entsteht. Vielleicht ist das historisch passendste Modell dazu der föderalistische Geist bei der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika.

Regionen mit veränderbarer Geografie

Wer heute ein Europa der Regionen errichten will, kann sich nicht ausschließlich auf die Tradition der Institutionen der einzelnen Staaten beziehen. Nicht nur deshalb, weil diese Traditionen sich sehr unterscheiden, sondern weil der Bezugspunkt vor allem der sein muß, in welchem Rahmen die Probleme zu lösen sind.

Praktische Beispiele: Das Problem des Schutzes der Friulaner als Sprachgruppe besteht praktisch nur in Friaul-Julisch-Venetien; das Problem des Waldsterbens betrifft zumindest Friaul-Julisch-Venetien, Slowenien und Kärnten; die Verschmutzung der Adria betrifft Friaul-Julisch-Venetien, Vene-

to, Slowenien, Kroatien usw.

Ein föderalistisches Europa der Regionen kann deshalb kein starres juridisches System sein, sondern muß sich ausdehnen oder zusammenziehen je nach der Notwendigkeit für Mensch und Umwelt. Das bedeutet etwa gemeinsame Initiativen von zwei oder mehreren Regionen, aber auch stabile institutionelle Formen der Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehreren Regionen. In diesem Zusammenhang sollten wir auch das Augenmerk auf eine mögliche Großregion in der Kernzone von Alpen-Adria legen, die einen gemeinsamen institutionellen Raum definieren müßte (den Bereich, für den sie Entscheidungen fällt und die entsprechenden Organe).

Einige Vertreter der Grünen in Friaul-Julisch-Venetien haben öffentlich so eine Großregion vorgeschlagen, die Friaul-Julisch-Venetien, Slowenien, Kärnten (und eventuell auch Istrien) umfassen soll, ganz im obigen Sinn und als modernes Konzept eines Europa der Regionen. Der Vorschlag hat in den internationalen Medien einiges Aufsehen erregt, weil er als Vorschlag zu einer Abspaltung von den bisherigen Staaten aufgefaßt wurde. Als der wirkliche Inhalt des Vorschlags erläutert wurde, ist die Idee aus den Medien verschwunden. Aber sie hat die Chance auf einen realen politischen Konsens, auch auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise der offiziellen Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria.

Welches ALPEN ADRIA existiert heute und welches ALPEN ADRIA hat morgen eine Zukunft?

Heute erlebt die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria eine Krise, die sich nur schwer verbergen läßt. Zu dieser Krise tragen verschiedene Faktoren bei: der Umfang von Alpen-Adria, die auch Regionen wie Lombardei und Bayern umfaßt, die wenig mit den Problemen der Ostalpenländer zu tun haben; die neue Situation in Kroatien und Slowenien als souveräne Staaten, die sich nun mehr für Beziehungen zwischen Staaten als zwischen Regionen interessieren; die internationale Allianz der Pentagonalen (Österreich, Italien, Ungarn, CSFR, Jugoslawien), die einige Aufgaben in der Regelung der Beziehungen zwischen Staaten und Regio-

nen übernommen hat, die früher autonom von der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria wahrgenommen wurden.

Es sei auch daran erinnert, daß die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria keine wirklichen Kompetenzen hat. Sie ist nur ein Forum der Begegnung zwischen den Regierungen der Länder, Regionen, Republiken, die sich gegenseitig über Probleme informieren. Eventuelle gemeinsame Aktionen werden von den Staaten beschlossen und genehmigt, zu denen die Regionen gehören (natürlich ist heute die Situation für Slowenien und Kroatien anders). Außerdem sei an die Verschiedenheit der Strukturen der einzelnen Alpen-Adria-Staaten erinnert.

Kann Alpen-Adria eine effiziente Großregion im Sinne des Vorschlags der Grünen aus Friaul-Julisch-Venetien werden? Oder soll sie außerdem noch Veneto, Steiermark und Kroatien umfassen, aber im Unterschied zu heute gemeinsame Entscheidungsstrukturen mit einer realen Macht erhalten?

Entscheidend für eine mögliche Realisierung ist, daß die Grünen mit ihrem politischen Gewicht (bei dem nicht nur ihr Wählerpotential zählt, sondern auch ihre Nähe zu den Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsbewegungen) es schaffen, gemeinsam so eine Initiative einzubringen, die vielleicht auch das beste Gegenmittel gegen jedes Aufkommen des Nationalismus und gegen Separationserscheinungen ist.

Wir müssen ohne Angst einer ganz neuen Situation begegnen und auch neue Allianzen suchen, um zu vermeiden, daß wir nur ethische und kulturelle Werte predigen in einer Welt, die sich in eine völlig andere Richtung zu entwickeln scheint, als wir es uns wünschen. Die Vergangenheit im Osten (UdSSR, Jugoslawien) existiert nicht mehr, die politische Kultur, die "glücklicherweise" dieses Modell der Zusammenarbeit aufgezwungen hat, hatte nichts zu tun mit einer ökologischen und pazifistischen politischen Kultur. Wir sind heute frei, ohne die Fessel der Angst vor einer atomaren Konfrontation der Supermächte vorzugehen, auch wenn die internationale Lage immer noch, aber in anderer Weise, sehr gefährlich bleibt.

Ein neues Alpen-Adria (oder Kerngebiet von Alpen-Adria) kann der Be-

zugspunkt der politischen Grünkräfte und der alternativen Bewegungen in diesem Teil Europas werden. Es geht um die Verbindung von drei spezifischen Fragen:

- ausgehend von der heutigen EG eine Debatte über die Verfassung eines Europa der Regionen zu führen als Alternative und Gegenposition zur heute dominierenden EG als geschlossener Struktur einer Supermacht;
- durch eine Debatte, die die öffentliche Meinung und die zivile Gesellschaft im gesamten Alpen-Adria-Raum umfaßt, die Aufgaben zu definieren, die dieser Großregion zukommen: zB. in bezug auf Energiepolitik, Infrastruktur für den Verkehr usw.
- in einem demokratischen Prozeß die Institutionen zu bestimmen, die in der Lage sind, in diesem neuen Alpen-Adria Entscheidungen zu fällen - nicht mehr als Sprachrohr der Regierungen, sondern als direkte oder indirekte Artikulation des Willens des Volkes, sowie Formen der Kontrolle von oben und von unten.

Eine breite Debatte ist nötig

Es ist mir klar, daß diese Positionen sich sehr von den Einschätzungen unterscheiden, die die Grünen und Alternativen in den deutschsprachigen Ländern anstellen; und zwar was den politischen Zugang zu den institutionellen Problemen betrifft wie auch, was die Einstellung zur EG betrifft. Ich glaube aber, daß eine offene Debatte nur gut tun kann und ein Baustein dafür wäre, daß wir in Zukunft etwas Konkretes gemeinsam schaffen. Für diese Debatte ist vielleicht eine fixe Institution sinnvoll, sei es im Rahmen einer der bestehenden Organisationen, sei es durch Schaffung einer speziellen Initiative.

Giorgio Cavallo ist grüner Abgeordneter im Regionalparlament von Friaul-Julisch-Venetien.

Übersetzt und behutsam gekürzt von Werner Wintersteiner.

Beiträge zu diesem Thema in früheren Nummern von alpe adria:

Ernst Gehmacher, Hypthesen zu einem Modell der Alpen-Adria-Region. *alpe adria* 1/1991, S. 16-17.

Nationalismus und Föderalismus in Europa heute

• von Alexander Langer

Ansteckungsvermögen, Sprengkraft, originäre und kreative Momente: destruktive und konstruktive Aspekte

Das Ansteckungsvermögen ethno-nationaler Bewegungen ist groß, und man braucht nur die fortreibende Anstiftungskraft der Forderung nach Selbstbestimmung und Nationalstaat oder zumindest Autonomie und Selbstregierung zu betrachten, um sich jetzt schon gut ausmalen zu können, daß die nationale oder ethnische Frage in ganz Europa noch mitnichten ausgestanden oder keimunfähig gemacht worden ist und in den kommenden Jahren und vielleicht Jahrzehnten viel Kopfzerbrechen (vielleicht auch Zerbrechen vieler Köpfe) bereiten kann. Die Sprengkraft und die Fähigkeit nationaler (ethnischer, rassischer, religiöser ...) Mobilisierungen, breite Schichten mitzureißen, übersteigt nämlich bei weitem die Intensität sozialer Konfrontationslinien.

Ethnische und nationale Beben können sicher nicht bloß als eine bei Zerfallprozessen vorheriger großräumiger Ordnungen freigesetzte Energie gedeutet werden, obwohl natürlich derartige Auflösungen enorme Umschichtungen hervorrufen: man denke nur an das Osmanische Reich oder an Österreich-Ungarn ... Man wird kaum erwarten können, daß die oft sehr willkürlichen staatlichen Gebilde und Grenzen auf Dauer nicht nur in Europa, sondern vor allem in Afrika und möglicherweise in nicht allzuferner Zukunft auch in Asien oder Lateinamerika so bleiben, wie wir sie heute kennen.

Es gibt auch sehr viele originäre und konstruktive Aspekte in ethno-nationalen Bewegungen, so beispielsweise die Aufwertung von sprachlicher und kultureller Eigenart, Tradition und spezifischer Lebensbewältigung, ohne auf den ökonomischen oder politischen

"Stellenwert" zu achten. Es gibt heute rund 170 souveräne Staaten, aber über 5000 Sprachen; die erzwungene und mittels ökonomischer, politischer oder gar militärischer Gewalt durchgesetzte Reduktion auf bloß eine einzige Art von "Entwicklung" (die der modernen Industriegesellschaft) und eine einzige Art von Ökonomie (die vom Weltmarkt dominierte Geld- und Profitwirtschaft) ruft verständlicherweise Widerstände auf den Plan und muß geradezu als Herausforderung verstanden werden, abseits vom "Fortschritt" - und quer dazu - Ökonomien, Kulturen und Formen der Gemeinschafts- und Lebensgestaltung zu erhalten und zu verteidigen.

Gerade diese oft absolut nicht klar auseinanderzuhaltende Mischung von konstruktiven und destruktiven Aspekten ethno-nationaler Bestrebungen macht deren jeweilige Beurteilung und zuverlässige Prognosen so schwer. Wo heute Balkan, Kaukasien, Südtiroler, Basken, Armenier, Kurden und Lappen ihre verschiedenen ethni-

schen oder nationalen Anliegen verfechten, sind die jeweils besonderen Ziele und die Reaktionen darauf sehr gefächert und gespalten. Nicht für alle Volks- oder Sprachgruppen, Völker oder Stämme ist die Erreichung eines eigenen Staates das höchste der Gefühle, aber gewiß ist immer ein möglichst hohes Maß an Eigenständigkeit intendiert. Unter den Beobachtern solcher Prozesse - die bis hin zur staatlichen Abspaltung bzw. zum Aufbau neuer Staaten führen können - sind sie für einige einfach deswegen an sich positiv und hoffnungsvoll, weil sie darin eine Art der Verwirklichung des "small is beautiful-klein, aber fein" sehen, und eine gesunde Reaktion gegen Zentralismus, Bürokratie und Fremdbestimmung. Für andere hingegen lauert jedesmal gleich ein gefährliches

Großeuropa- und Regionalismus sind nur scheinbare Gegensätze. In Wirklichkeit wird sich das erste nie durchsetzen lassen ohne das andere als Linderungsmittel für all die Schmerzen, die es verursacht. Was bedeutet die Losung von einem "Europa der Regionen", mit der heute noch der berechnendste Großraumstrategie, beschwichtigend und begütigend, seine rhetorischen Pflichtübungen absolviert? Um eine große europäische Nation zu schaffen, müssen die alten Nationen, widersprüchliche Formationen einer widersprüchlichen Geschichte, aufgelöst werden. Die eine gemeinsame "europäische Nation" ist mehr und kommt später als die alten Nationen; die Regionen hingegen liegen noch vor den alten Nationen, deren Sog sie, als ältere, vormoderne Identitäten oft über viele Jahrhunderte widerstanden haben.

Karl-Markus Gauß

Wiederaufleben des Nationalstaats hinter der Mauer, womöglich mit Armee und vielleicht auch Krieg. Wobei alte Probleme wie überkommene Erbfeind-

schaften, ungelöste Grenzprobleme, festgefahrene Unterdrückungen und Diskriminierungen, historische Unrechtssituationen ... sich mit neuen Spannungen paaren können: Vertreibungen neueren Datums, z.B., oder übermäßige Zuwanderung, Aufkommen neuer Anschauungen und Bewußtseinsformen (vom Regionalismus zur Xenophobie), und dies alles in einem Gemisch sozialer und ethnischer Spannungen, die tatsächlich sicherheitsgefährdend wirken können und die Versuchung nahelegen könnten, lieber einen (möglichst "guten") Weltgendarmen anzurufen, als derartige Konflikte durchzustehen.

Rückkehr zum Nationalstaat?

Und während gleichzeitig in so manchen Teilen Europas deutliche Nostalgie gegenüber früheren plurinationalen Ordnungen, insbesondere Österreich-Ungarn, aber auch der mittelalterlichen Reichsidee, zu spüren sind (ebensowenig kann man ausschließen, daß schon in wenigen Jahrzehnten eine Sowjet- oder Jugoslawien-Nostalgie entstehen könnte) und Westeuropa eher die supranationale Integration auf seine Fahnen geschrieben hat, erweisen sich föderale, plurinationale Gebilde wie die Sowjetunion oder Jugoslawien (aber das könnte bald auch schon für die Tschechoslowakei gelten) als unfähig, nach dem Zusammenbruch der staatstragenden Ideologie und des entsprechenden Machtapparates den Föderalismus als solchen noch gut zu finden, zu retten und neu zu qualifizieren. Was übrigens nicht nur für den Osten gilt: selbst Belgien oder Kanada, beispielsweise, sind in ihrem Zusammenhalt keineswegs so stabil, wie man meinen könnte. Ist es also so, daß wir uns (neuerdings wieder) damit anfreunden müssen, daß Völker (und möglicherweise Volksgruppen) die Bildung eines Nationalstaats oder den Anschluß an einen Nationalstaat oder die Spaltung in Nationalstaaten als den besten oder gar alleinseligmachenden Weg zur Verwirklichung ihrer Aspirationen erkennen und zielstrebig verfolgen? Muß die Idee völkerverbindender und überethnischer oder -nationaler Zusammenschlüsse als aufklärerische Illusion, als lebloses idealistisches Kunstgebilde aufgegeben und lieber der National-

staat mit möglichst sauberen und klaren Grenzen angestrebt werden? Selbstbestimmungsrecht der Völker: Nationalstaat als ungeeignete Antwort

So denken heute nicht wenige, vor allem von denen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker (was immer das heißen mag: "Selbstbestimmung" und "Volk") als wichtigstes kollektives Recht ziemlich unhinterfragt auf den Hauptaltar der Neuordnung der Welt stellen möchten. Doch übersieht man dabei gerne zumindest zwei grundlegende Realitäten: daß nämlich die "Völker" in der Welt, und auch in Europa, in den seltensten Fällen so konzentriert und ungemischt siedeln, wie es für klare ethnische Grenzbeziehungen erforderlich wäre, und daß die Durchsetzung von Nationalstaatlichkeit unter den gegenwärtigen Umständen ein hohes Maß an (auch internationalem) Konflikt implizieren kann.

Das hat etwas mit einigen bisher meist unwidersprochenen Eigenschaften der Staaten zu tun, die anscheinend unantastbar fortbestehen und zum Kernbestand der Nationalstaatlichkeit geworden sind, aber angesichts der historischen Katastrophen, die sie mitbewirkt haben, eigentlich ihre Legitimation verloren haben müßten. "Jeder Staat ein Nationalstaat", "jeder Nation ihren Staat" oder "jedem Volk sein Nationalstaat", "jedem (National)staat seine Souveränität" (samt Recht auf Militär und Krieg), "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" als Quintessenz der nationalen Souveränität, vielleicht noch "saubere Grenzziehung nach klar erkennbaren ethnischen Kriterien" (wie es noch zu Ende des 1. Weltkriegs in den 14 Punkten Wilsons stand und nicht verwirklicht wurde) sind so in etwa die unhinterfragten Selbstverständlichkeiten, die meist hinter der gegenwärtigen Selbstbestimmungswelle und den nationalen/ethnischen Bestrebungen stehen und für sich beanspruchen, zu den nicht weiter beweisbedürftigen Axiomen des Völkerrechts zu zählen.

Und tatsächlich dürfen alle jene, die diese Kriterien für ihren - vielleicht

schon sehr soliden - Nationalstaat in Anspruch nehmen, dann auch nicht besonders entsetzt sein, wenn neue Bewerber auf den Plan treten und sie ebenfalls für sich reklamieren: ob das

nun Korsen gegenüber Frankreich, Ungarn gegenüber Rumänien oder Kurden gegenüber der Türkei sein mögen. Wer den Teufel des Separatismus mit dem Beelzebub des Nationalstaats austreiben

will, kann kein guter Exorzist sein. Wir haben kein Recht, uns zu entrüsten, wenn andere unsere Fehler nachahmen möchten - ob es sich dabei um forcierte Industrialisierung, Nationalstaat oder Energiekonsum handelt.

Dennoch geben diese Kriterien keine sehr brauchbare und erst recht keine friedliche Perspektive für das Selbstbestimmungsrecht her, das übrigens 1975 in der famosen Schlußakte von Helsinki heuchlerischerweise in einem Atemzug mit der Unverletzlichkeit der Grenzen (außer durch einvernehmliche Regelungen) benannt wird. Denn wie die Erfahrung zeigt, ist es ungeheuer schwierig - ich würde sagen, in den meisten Fällen unmöglich - "richtige" oder "gerechte" oder "ethnisch einwandfreie Grenzziehungen festzulegen - und erst recht, sie auch friedlich durchzusetzen; es ist, vor allem angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen oder Unterdrückung von Minderheiten, aber auch angesichts beispielsweise großer ökologischer Schädigungen, nicht mehr länger zu rechtfertigen, daß eine Staatsgrenze eine unüberwindliche Barriere gegen "Einmischung" darstellen soll.

Gretchenfrage: ethnischer Exklusivismus oder Politik des Zusammenlebens?

Also wäre es vielleicht besser, die bisherigen Vorstellungen vom Nationalstaat in den Bereich idealtypischer, aber schwer realisierbarer Phantasienvorstellungen zu verweisen und die Grundvorstellung, die damit zusammenhängt, als verfehlt (und jedenfalls undurchführbar) zu charakterisieren: daß nämlich ein Volk (eine Volksgrup-

Literaturhinweis:
Karl-Markus Gauß. Die Vernichtung Mitteleuropas. Essays. Klagenfurt-Salzburg (Wieser) 1991.

pe, usw.), um gut leben und sich selbst verwirklichen zu können, in einem ethnisch homogenen und womöglich souveränen Rahmen oder zumindest als Mehrheit auf ihrem Territorium leben muß. Das führt zu ethnischem Exklusivismus, der in seinen extremen, aber leider gar nicht so seltenen Formen zur Zwangs-Inklusion der "anderen" (Menschen, Gruppen, Sprachen, Kulturen, Religionen ...) führt. Nämlich zu erzwungener und häufig gewaltsamer Assimilierung einerseits oder zu Vertreibung, Aussiedlung oder gar Auslöschung andererseits, und jedenfalls zu Reibungen und gar Krieg mit anderen führt - das kennt man ja mittlerweile aus der Geschichte, und sollte deshalb sehr hellhörig sein. Wer einen "Staat der Deutschen" (der Slowenen, der Italiener, der Rumänen ...) möchte, darf sich nicht wundern, daß sich dann alle jene, die gerade nicht zu den Deutschen (Slowenen, Italienern, Rumänen ...) zählen, unwohl fühlen und zu wehren beginnen. Und je mehr Staatlichkeit mit der Durchsetzung ethnischer oder nationaler Anliegen verbunden ist, desto gefährlicher können die Auswirkungen werden. Auch eine Politik des Zusammenlebens und fürs pluriethnische Zusammenleben kann nicht in erster Linie auf Staatlichkeit setzen, erfordert aber dennoch ein gewisses Maß an institutioneller Absicherung des sprachlichen, ethnischen, kulturellen, religiösen Pluralismus und der substantiellen Gleichberechtigung, und vor allem der tatsächlichen Anerkennung und Förderung von Diversität und ihrer Würde.

Wer ethnischen Exklusivismus als unheilvolle Versuchung und Negativziel im Auge hat, wird sich hingegen positiv um Entwürfe fürs Zusammenleben bemühen müssen: darin dürfte heute die zentrale Herausforderung liegen, danach wird man auch Staaten und politische Strukturen befragen müssen. Ethnischer Exklusivismus versus Politik des Zusammenlebens - darin liegt eine ganz wesentliche Gretchenfrage für Staaten, Verfassungen und Rechtsordnungen - und auch politische Bewegungen. Eher als die ethnische oder nationale Dimension wird man die Bindung der gemeinsam auf einem Territorium lebenden Menschen an dieses Gebiet aufwerten und ansprechen müssen: die territoriale Dimen-

sion eher als die ethnische. Da können ökologische, soziale, wirtschaftliche und andere Aspekte stark hineinwirken, und da kann eine eher föderalistische Konzeption mehr hergeben als Nationalstaatlichkeit und ihre verkleinerten Karikaturen. Auch weil die meisten heute bestehenden sog. Nationalstaaten gleichzeitig zu groß und zu klein sind: zu groß, um tatsächlich Demokratie und Partizipation gewährleisten zu können; zu klein, um wirksame Probleme mit supranationaler Dimension (man denke nur an den Umweltschutz oder an die Sicherheitspolitik!) lösen zu können.

Kann europäischer Föderalismus eine Antwort sein?

Daher scheint es einleuchtend, den ethnozentrischen und nationalistischen Ansätzen gegenüber ein hohes Mißtrauen zu bewahren, bis hin zu suspekten Formeln vom "Europa der Vaterländer" oder "der Völker und/oder Volksgruppen", während ein "Europa der Regionen" einen viel besseren Ansatz für eine demokratische Politik der Autonomien, des Zusammenlebens und der tatsächlichen (nicht bloß einmaligen und formelhaften) Selbstbestimmung hergibt. Den Föderalismus, den es heute braucht, um die bisher angesprochenen Fragen irgendwie zu bewältigen, könnte man vielleicht am besten als gleichzeitige Abgabe von Macht und Kompetenzen nach unten und nach oben bezeichnen: nach unten, durch entsprechende Stärkung lokaler Autonomie und Selbstregierung, nach oben durch Aufbau supranationaler Zusammenhänge und Ordnungsstrukturen. Dezentrale Macht muß auch bedeuten, daß ethnisch oder sprachlich besonders definierte Gemeinschaften und Minderheiten einen besonderen Anspruch auf adäquate politische Strukturen haben, um gleichzeitig ihr nötiges Eigenleben pflegen zu können und den Austausch und das gleichberechtigte Zusammenleben der Menschen und der Kulturen zu fördern. Die Anerkennung von besonderen Autonomieformen und institutionell verankerter Mehrsprachigkeit in den betreffenden Siedlungsgebieten und im Staat sind ein wichtiges Element in diese Richtung.

Die europäische Gemeinschaft, die

EG, ist dabei sicher heute in Europa und weit darüber hinaus jener Ansatz, auf den man von vielen Seiten am hoffnungsvollsten blickt. Die EG ist kein Traum und schon gar kein Idealbeispiel für Demokratie, Autonomien und Föderalismus, und doch ist es unbestritten jenes "real existierende Europa", auf das man sich heute allseits bezieht - um es zu loben, zu kritisieren, nachzuahmen oder zu bekämpfen.

Chancen und Hindernisse durch die EG

Stellen wir uns also diesbezüglich abschließend drei wichtige Fragen, von deren praktischer Beantwortung für Europas Zukunft viel abhängen kann.

- 1. was enthält die bisherige Erfahrung der EG an positiven Ansätzen in Richtung supranationaler, föderalistischer Ordnungen?
- 2. was weist hingegen diesbezüglich in die falsche Richtung?
- 3. was müßte sich in der EG und um die EG herum ändern, um einen glaubhaften und auch für den Osten "attraktiven" Europa- Föderalismus zu entwickeln, der sich als Alternative zum Rückfall in die Nationalstaatlichkeit bewähren könnte?

zu 1:

Zu den positiven und richtungsweisenden Elementen der EG- Erfahrung könnte man beispielsweise folgende zählen:

- ein Integrationsprozeß wurde in Gang gesetzt, der historische "Erbfeinde" zusammenbringt, Grenzen abbaut, gemeinsame Politik und gemeinsame Organe (beispielsweise das Europäische Parlament und die Exekutivkommission der EG) zustandebringt;
- ein gemeinsames Bundesrecht wurde, zumindest in Teilen und Bereichen, entwickelt, ein gemeinsamer Vorrat von Rechten, Verpflichtungen, Chancen auch für die Bürger festgelegt;
- der Integrationsprozeß verläuft bisher weitgehend unter Erhaltung wichtiger Elemente der Vielfalt (z.B. der Sprachen und Kulturen, zumindest auf der "nationalen" Ebene; auf der infra- "nationalen" allerdings viel weniger).

zu 2:

Ohne sich hier auf eine allgemeine und allseitige EG-Kritik einzulassen, muß doch in Hinblick auf unser Thema hervorgehoben werden, daß es sich um ein vorwiegend bis ausschließlich auf Ökonomie und Finanz zentriertes, stark technokratisches Gebilde handelt, das sich u.a. durch einige fundamentale Defizite negativ auszeichnet:

- **Demokratiedefizit:** einer starken "Summe der nationalen Exekutivorgane" (EG-Ministerrat) und einer Gemeinschaftsexekutive (EG-Kommission), die nicht einmal vom Parlament gewählt ist, steht ein schwaches Parlament gegenüber, andere demokratische Instrumente für Beteiligung und Mitsprache gibt es praktisch nicht;
- **Föderalismusdefizit:** die Nationalstaaten machen die EG-Politik über den Rat; Regionalismus kommt kaum vor, die EG "zwingt" ihre Mitgliedstaaten zu keinem Mindeststandard an Regionalismus, Autonomien, Minderheitenschutz, Dezentralisierung der Macht;
- **Europa-Defizit:** selbst wenn sich nun EG (die 12 Staaten) und die 7 EFTA-Staaten zum "Europäischen Wirtschaftsraum" (EWR) zusammenschließen und die EFTA bald in der EG aufgehen sollte, steht immer noch das reiche Europa dem restlichen Teil des "alten Erdteils" getrennt gegenüber; Mittel- und Osteuropa kommen nicht vor und werden in immer neue Wartezimmer verwiesen, um den Fortgang der ökonomischen, politischen und militärischen Integration Westeuropas und dessen Bündnisse und Interessen nicht zu stören.

zu 3:

Die Überwindung der genannten Defizite und die Bemühungen, die Europäische Gemeinschaft demokratie-, föderalismus- und "europa"fähiger zu machen, werden also vor allem in folgende Richtungen gehen müssen, die einen möglichen Umbau der EG charakterisieren könnten:

- Politik vor Wissenschaft und Währung, d.h. starker Ausbau der politischen Dimension der europäischen Integration, auch unabhängig vom

Fortgang und von der Ausdehnung einer (derzeit westeuropäischen) Wirtschafts- und Währungsunion; hierbei könnten andere europäische Prozesse außerhalb der EG, wie beispielsweise die KSZE, eine positive Rolle spielen;

- entscheidender Einbau demokratischer (nicht bloß, aber auch parlamentarischer) Elemente in den europäischen Einigungsprozeß, der bisher vor allem auf der wirtschaftlichen und intergouvernementalen Ebene vor sich ging;
- volle Öffnung gegenüber allen europäischen Ländern, die den Beitritt zur Gemeinschaft wünschen ("mehr Osten" also), was natürlich auch die partielle Umgestaltung der bisherigen Formen der Gemeinschaft zu einem "gemeinsamen europäischen Haus" erfordert; Möglichkeit eines politischen Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft auch ohne Beitritt zum gemeinsamen Markt;
- Regionalismus, Autonomien und Minderheitenschutz als Wesenselemente der inneren Architektur einer solchen europäischen Gemeinschaft: die bisherigen Konzessionen an die "Subsidiarität" sind absolut ungenügend, in einem derartigen Kontext müßten beispielsweise auch "Europaregionen" jenseits der bisherigen Staatsgrenzen möglich sein, eine verbindliche "Charta der Rechte der Volksgruppen und Minderheiten" und ein verbindlicher Mindestbestand an Dezentralisierung der Staatsmacht bzw. an Autonomie und Regionalismus müßten zum konstitutiven Element und geradezu zur Bedingung für die Teilnahme an der europäischen Gemeinschaft werden.

Demokratischer, autonomistischer, gesamteuropäischer Föderalismus ist als ein mögliches und glaubhaftes Instrumentarium für eine Politik und Kultur des Zusammenlebens und der demokratischen "Selbstbestimmung" denkbar - als genügend "attraktive" Alternative zur nationalistischen Desintegration. Die Rückkehr zum Nationalstaat nicht, ebenso wenig wie die einseitige West-Integration Europas mit einer daraus folgenden "Südamerikanisierung" Mittel- und Osteuropas.

Leicht gekürzt aus Omnibus 93, 29.11.1991

Soeben erschienen...

Ost-West

Gegeninformationen 1/92:

**Gewerkschaften im Osten:
Umbruch - Abbruch - neuer
Aufbruch?**

Mit generellen Analysen und Beiträgen zur Situation der Gewerkschaften in der Ex-Sowjetunion, der Ex-DDR, der CSFR, Ungarn und Slowenien.

Artikel von/Interviews mit:

Walter Sauer - Gabrielle Traxler - Elizabeth Teague - Denis MacShane - Michail Nagaitsev - Renate Hürtgen - Adam Novak - Christian Stenner - Tonci Kuzmanic.

Bestellungen:

An Ost-West-Gegeninformationen, c/o Dezentrale, Prokopig. 2/I, 8010 Graz. Preis: ÖS 30.-

**Friedenserziehung im Alpen-
Adria-Raum.**

Dokumentation des 1. internationalen Seminars in Tolmin (Slowenien), Sommer 1991.

Preis: ÖS 50.-

Bestellungen: Alpen-Adria-Alternativ, Rathausgasse 8, A-9500 Villach.

STIMME

VON UND FÜR MINDERHEITEN

2

Jänner-März 1992



Stimme von und für Minderheiten, Heft 2/1992. c/o Gerhart Hetfleisch. Ausländerberatungsstelle Tirol, Leopoldstraße 16, 6020 Innsbruck.